

Pressemitteilung

Zum gescheiterten Volksbegehren 3. Piste

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie von der „Neuen Aktion“ (NA) schon im Mai 2014 öffentlich gemacht (www.ber-na.de), ist der Versuch ein Volksbegehren gegen ein 3. BER Piste ohne Volk zu machen, gescheitert. In folgender Erklärung und den Kommentaren zu den Gründen will NA auch über Hintergründe für das Scheitern informieren die bisher in der Berichterstattung keine Rolle spielten.

Freundliche Grüße

Rückfragen: Ferdi Breidbach Tel: 01743060004

Volksbegehren gegen 3. Piste an Betrug und Selbstbetrug gescheitert

Als am 18. Febr. 2016 das Scheitern des Volksbegehrens verkündet wurde, war der Selbstbetrug von naiven Gegnern einer 3. Piste ebenso gescheitert. Die Grundlage des Selbstbetrugs war eine angebliche Volksinitiative, als Betrugsmanöver politisch verklemmter Gemeindevertreter und Bürgermeister, der so genannten Schutz – im Volksmund Schmutzgemeinschaft. Mit nur 52 000, von geforderten 80 000 Stimmen, gesammelt in ganz Brandenburg, scheiterten die Initiatoren krachend. Der Einsatz von ca. 250.000 Euro Steuergeldern zur Finanzierung einer Werbeagentur, Plakat – und Großplakataktionen, der Versuch von naiven und bezahlten Unterschriftensammlern Menschen in Rathäuser zu bewegen, alles für die Katz. Dafür aber Jammer der sich so nennenden Unterstützer, angeführt von Carsten Dannel, Geschäftsführer der Agentur „**BBGK BERLINER BOTSCHAFT**“, die für sicher 250 000€ das Volk der Initiative markierte. Großsprecherisch als Kampagnenteam der Initiative verkauft, weil selbst bekannte Bürgerinitiativen mit dieser Betrugskampagne nichts zu tun haben wollten. Vor dem Häuflein letzter Gläubiger bekannte dann der Agenturchef: „Wir konnten die Dringlichkeit des Themas offenbar nicht vermitteln“. Der eigentliche Hintermann, Motor und Miterfinder des Volksbetrugs, Bürgermeister Baier (vormals SPD jetzt parteilos), assistierte dem von Blankenfelde - Mahlowern Steuergelder bezahlten Agenturchef dass es: “schade (sei), dass die Bevölkerung den Ernst der Lage nicht erkannt hat“.

Die Abstimmungsniederlage beerdigte einen Skandal und kaschiert die Fortsetzung des Volksbetrugs

Zunächst wurde mit dem Abstimmungsergebnis ein Skandal beerdigt, für den die Gemeindevertreter der „Nationalen Front“ (SPD, Grüne, Linke und CDU) aus Blankenfelde-Mahlow, die Verantwortung tragen. Sie sind es, die ihrer politisch durch geknallten

kommunalen Spitzenkraft BM Baier, alle Eskapaden durchgehen lassen, koste es was es wolle, sei der Schaden für die Gemeinde auch noch so groß. Ohne Sachkenntnis sollte den Bürgern klar gemacht werden, dass nur 2 Pisten eine Bremse gegen Fluglärm für die Gemeinde sei und gleichzeitig gegen das Wachstum des BER ist. Das Gegenteil ist der Fall. Der ganze wachsende Fluglärm des BER konzentriert sich so auf Blankenfelde-Mahlow, Bohnsdorf und Schulzendorf. Dabei verschweigen, unterdrücken Baier und Co., was u.a. die Landesregierung oder Flughafengeschäftsführer Mühlenfeld, als vorläufiges Wachstumsziel für den BER verkünden. Sie wollen ein Passagierwachstum von zunächst 50 Mio./Jahr, bis 2030, auf 2 Pisten bewältigen. Fern aller Fakten wird behauptet: Für 50 Mio. sind am BER nur 2 Pisten notwendig. Schließlich hat London Heathrow mit mehr als 50 Mio. Passagieren auch nur 2 Pisten. Diese Aussagen sind Volksverdummung. Nicht die Zahl der Passagiere/Jahr entscheidet darüber wie viel Pisten erforderlich sind. Es geht um die Zahl der Flugbewegungen. Denn: Passagiere fliegen nicht auf und von Pisten, sondern Flugzeuge.

Fakten an Stelle von Volksverdummung

Warum der Bezug auf London dummes Zeug, Volksverdummung ist, zeigen zwei Tatsachen. London ist kein Billigfliegerflughafen, sondern das größte Flugdrehkreuz in Europa. Von London Heathrow (LHR) fliegen ca. 73,4 Mio. Passagiere/Jahr bei ca. 440 000 Flugbewegungen/Jahr. Befördert werden ca. 160 Passagiere je Flugzeug bei einer durchschnittlichen Flugzeuggröße mit ca. 200 Sitzplätzen.

Aktuell fliegen von den Berliner Flughäfen Tegel (TXL) und Schönefeld (SXF) ca. 29,5 Mio. Passagiere/Jahr. Bei Durchschnittlicher Sitzplatzbelegung von ca. 144 Passagiere/Flugzeug finden schon jetzt ca. 270 000 Flugbewegungen von den zwei Flughäfen statt. Noch anschaulicher wird die dumme Rederei von nur 2 notwendigen Pisten am BER, wenn man weiß, dass in Frankfurt/Main (FRA) 3 Pisten nicht mehr ausreichen, um mehr als ca. 470 000 Flugbewegungen/Jahr bewältigen zu können. Darum in Bau und Planung eine 4. Piste.

Die Lügereien, das Vertuschen über Zukunft und Wachstum eines BER in Betrieb müssen beendet werden. Der BER, mit überwiegender Billigfliegerei (LCC) bleibt ein Flughafen für Kurz – und Mittelstreckenverkehr und wird kein Drehkreuz.

Entsprechend würde er, umgerechnet auf 73 Mio. Passagiere die in London fliegen, wenigstens 510 000 Flugbewegungen abwickeln müssen. D. h. : bei über 40 Mio. Passagiere geht es nicht ohne 3. Piste. Bei 50 Mio. ist dann die vierte Piste fällig. Wer diese Fakten negiert lügt oder ist im Zustand völliger Ahnungslosigkeit.

Die 3. Piste am BER kommt so sicher wie das Amen in der Kirche

. Ob nun für den LHR eine 4. Piste oder ein neuer Flughafen (schon geplant) in der Themsemündung gebaut wird, soll noch dieses Jahr entschieden werden. Ganz sicher aber, so auch festgeschrieben im Planfeststellungsbeschluss, sind maximal 360 000 Flugbewegungen/Jahr für den BER. Darum ist auch sicher das spätestens 2025 - 2030, 360 000 Flugbewegungen/Jahr am BER erreicht sind. Dann kommt eine 3. Piste. Wer dies, wie jetzt einmütig die Linke und die SPD bestreiten, in Abrede stellt, der lügt. Um dann eine 3. Piste zur Verfügung zu haben müsste die Planung schon abgeschlossen sein. Offiziell ist das nicht, weil zu den Verzweiflungstaten die endlich eine BER Eröffnung sichern, die

Verzweiflungstat zur Planung einer 3. Piste die Versager vollends überfordert. Das ist die Wahrheit zur 3. Piste!

Im übrigen ist die Zahl der Pisten, als Möglichkeit der Verteilung von Flugbewegungen, die einzige Möglichkeit der regionalen Entlastung von Fluglärm. Darum wird verschwiegen, das Amsterdam zur Fluglärmmentlastung 6 Pisten hat. Selbst in Frankfurt/Main wird eine Pistennutzungsstrategie praktiziert die zwar auch den Fluglärm nicht beseitigt, aber die zumindest spürbar regional die Menschen von Fluglärm entlastet.

Problemlösung bekloppt

Der nun in Blankenfelde-Mahlow aufgeschwätzte und gewollte Versuch der Überdachung eines Kindergartens zum Fluglärmschutz, die Überdachung von Waldgebieten oder gar Volkshochschullehrgänge mit dem Ziel eine Erträglichkeit des Fluglärms zu trainieren, sind die Fortsetzung der Volksverars... und keine Problemlösung. Wer bestreitet, dass nur ein neuer Standort vor Fluglärm schützen kann, der lügt. Immerhin passt es zu Blankenfelde-Mahlow, besser zu Baier und seinen politischen Vasallen, wenn jede auch noch so bekloppte Schutzmaßnahme, eine weitere Lachnummer über die Zustände in der Gemeinde ist.

NA

„Neue Aktion“ (NA:www.ber-na.de) hat u.a. schon am 20. Mai 2014 den Volksbetrug öffentlich gemacht. Darum als Erinnerung und zum Beweis die beiden Kommentare als Beitrag zur Wahrheitsfindung:

(20. Mai 2014 Kom3Pistenaiv200514)

Gegen die 3. Startbahn - jetzt auch juristisch abgestürzt

Vom Blankenfelde/Mahlower Skandalbürgermeister Baier (SPD) und seinem Bauchredner und persönlichen Referenten Fröhlich (Die Linke) wurde ganz nach Wunsch und Willen der SPD die Volksinitiative gegen eine 3. Startbahn am BER erfunden. Für diesen Disaster-Flughafen, der permanent im Sumpf von Lügen, Unfähigkeiten und ständigen Versuchen seiner Inbetriebnahme steckt, soll durch Unterschriftensammlungen eine 3. Piste verhindert werden, die sowieso erst in 20 Jahren gebraucht werden wird. Wo ist das Volk Eine Volksinitiative ohne Volk - dafür aber mit Propaganda, die Volkswille vortäuscht und servile Bürgerinitiativen in ihren Bann zieht - steht selber vor dem Absturz. Wie in ebenfalls gescheiterten Aktionen für die „richtigen Flugrouten“ und die „richtige Nachtflugregelung“ fordern die Genossen, der Landtag Brandenburg solle mit dieser erneuten Aktion gezwungen werden, keine 3. Piste für den BER zu genehmigen. Angeführt wird sie von Schubert (SPD), der fleißig damit hausieren geht (er ist auch noch Vorsitzender des ABB, einer diffusen Ansammlung williger Bürgerinitiativen), um die Menschen jetzt wieder einmal zur Sammlung von 20 000 Unterschriften zu motivieren. In dieser Sache hat NA alles bereits gesagt: 2. Mai 2014 KomVolksinitiative020514 „Volksinitiative“ 3. Piste - Der nächste untaugliche Versuch gegen Fluglärm und BER-Standort - nachzulesen auf dieser Seite. Was treiben Bürgermeister, wenn sie unbefugt Aktionen finanzieren? Schon Anfang März kungelte in den Hinterzimmern die „Schutzgemeinschaft“ - politisch ambitionierte Antreiber, aufgemotzt durch Bürgermeister und Gemeindevertreter - die Volksinitiative gegen die 3. Piste ohne Beteiligung von Volk

und Bls aus. Am 8.5.14 trat diese Schmutzgemeinschaft (im Volksmund so genannt) damit an die Öffentlichkeit. Präsentiert wurden Referenten, deren Ausführungen nicht verstanden werden wollten, weil sie diesem Unsinn der Volksinitiative sachlich nicht den Segen gaben. Dafür gab es bereits mit untauglichen Parolen bedruckte T-Shirts und Plakate, mit denen die Sch(m)utzgemeinschaft in vorausseilender Diktatur schon öffentlich plakatiert hatte. Ob es hier eine legale Finanzierung gab, auch für die Honorare der Referenten, die man antreten ließ, das wird noch zu klären sein. Bekannt ist nicht, ob irgendeine Gemeindevertretung aus der Region der Sch(m)utzgemeinschaft diese Aktion „Volksinitiative“ beschlossen hat und die Übernahme von Kosten für die Aktion aus Finanzmitteln der Gemeindehaushalte direkt oder indirekt genehmigt hat. Bis zum Beweis ordnungsgemäßer Verwendung nach Haushaltsgesetz und der erforderlichen Zustimmung der Gemeindevertreter dürfte dieser Finanzierung das Etikett „Untreue“ nicht verweigert werden. Hierin liegen noch für Kommunalaufsicht und Staatsanwaltschaft Aufgaben zur Klärung! Dazu kommen dann noch die Arroganz und die Bürgerfeindlichkeit aus eigener Selbstherrlichkeit, undemokratisch zu entscheiden, dass das Volk gegen eine 3. Startbahn, die in 20 Jahren kommen könnte, schon heute mobil gemacht wird. Jetzt der Absturz Es war der BVBB, der erkannte, dass die Kampf-Parole „Keine 3. Startbahn“ in Wahrheit eine dumme Krampfparole ist. Peinlich, dass auf dessen Hinweise ausgerechnet der Hausanwalt Baiers, der ja eigentlich als Alibizeuge für die Ziele der Volksinitiative in Szene gesetzt war, nun erkannte, dass die Parole nicht durchhaltbar ist, weil sie nicht den Kern seiner Begründung zur Aktion wiedergibt. Mit dem Zitat aus einer Korrespondenz vom 16.05.14:“ Insoweit ist die in der Korrespondenz der letzten Tage verwendete Kurzbezeichnung: "Volksinitiative: Keine 3. Startbahn" irreführend. Sie sollte daher von niemandem mehr - im Übrigen auch von der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow nicht - verwendet werden.“...hat RA Siebeck (München) dann nicht nur drastisch, aber richtig, die Volksinitiativler vorgeführt, sondern auch gleich damit die schönen T-Shirts als reif für den Lumpensammler deklariert und die Plakate der Altpapiersammlung zugeführt. So wie es in der Vergangenheit immer gelaufen ist, darf man aber nicht annehmen, dass alle Bürgerinitiativen (ABB und BÜSO) begreifen, wem sie wieder auf den Leim gekrochen sind oder noch kriechen. Es ist eben zu schön, aufopferungsvoll Unterschriften zu sammeln, mit denen dann am Ende die eigene Niederlage besiegelt wird.

Redaktion Neue Aktion (NA)

(Kom250 000010715)

Volksbegehren 3. Piste: ein Eigentor im Kampf gegen den Fluglärm – finanziert mit 250 000 EURO Steuergelder

Nachdem 2014 die Volksinitiative gegen eine dritte Start- und Landebahn (Piste) am Unwillen der brandenburgischen SPD/Linke Landesregierung krachend gescheitert ist (wie von NA vorherhergesagt), nehmen nun die Gemeinden der Sch(m)utzgemeinschaft (nach Volksmund), im Schlepptau die im ABB vereinten Bürgerinitiativen, einen neuen Anlauf, ein Volksbegehren gegen die 3. Piste auf den Weg zu bringen (es wird aufgerufen, dafür 100 000 Unterschriften bei Ämtern des Landes abzugeben).

Dieses Volksbegehren ist die nächste Stufe zur Bürgertäuschung, die sich die Sch(m)utzgemeinschaft, angeführt von der „Nationalen Front“ der Gemeindevertreter von SPD, CDU, Linke, Grüne in Blankenfelde-Mahlow, ausgedacht hat. Willfährig,

wie schon bei der Volksinitiative 2014, stellen sich Bürgerinitiativen im ABB zur Verfügung, um das politische Täuschungsmanöver zu unterstützen. Der eigentliche Skandal aber ist eine Subventionierung dieser sinnlosen, gegen die eigenen Bürger wirkenden Kampagne, mit einer Finanzierung von 250 000 EURO aus dem klammen Gemeindehaushalt von Blankenfelde-Mahlow.

Andere Gemeinden der Sch(m)utzgemeinschaft werden sich wohl nicht mit Steuergeld an dieser Aktion beteiligen. Deren Haushaltslage, so der Sprecher des Gemeindeclubs, Ahlgrimm, ist so klamm, dass sie als Geldgeber ausfallen.

Mit diesem Versuch, 2015 mit einem Volksbegehren die 3. Piste zu verhindern, ist die nächste Niederlage, die nächste Enttäuschung der Betroffenen, vorprogrammiert. Denn, nach dem Flugroutendesaster, dem Nachtflugdesaster und dem ersten Scheitern der Volksinitiative (2014) auf Verbot zum Bau einer dritten Start- und Landebahn, soll die Volksverdummung in einer neuen Variante fortgesetzt werden.

Dieser Betrug wird mit 250 000 Euro von den Steuern der Meistbetroffenen in Blankenfelde-Mahlow finanziert. Keine andere betroffene Gemeinde, auch nicht die betroffenen Ortsteile von Berlin, werden für diesen Unsinn einen EURO bezahlen. Diesmal soll mit dem Geld aus Blankenfelde-Mahlow der Bau einer dritten Piste, somit die Kapazitätserweiterung des im Desaster steckenden BER mit einem Volksbegehren verhindert werden. Vollmundig verkündet der Sprecher von ABB, M. Sprißler,: Mit 100 000 Unterschriften soll die Landesregierung, das Parlament, gezwungen werden, per Gesetz, per Ausstieg aus den Verpflichtungen des Landesvertrages mit Berlin, den Bau einer dritten Piste zu verbieten, so die Illusion.

Dieser Ausstieg wird aber mit Sicherheit ebenso wenig stattfinden, wie die Versuche Brandenburgs weitere Nachtflugbeschränkungen durchzusetzen.

Berlin und der Bund denken nicht daran, Entscheidungen zuzustimmen, die sie als Gefahr weiterer Unwirtschaftlichkeit des BER erkennen. Ein Gesetz aus Brandenburg, die geforderte Kündigung des Staatsvertrags (Landesvertrag) mit den Regelungen für das Investment BER, wird in Berlin und Brandenburg mit Hohn überschüttet.

Das wissen alle handelnden Politiker in Brandenburg auch aus Erfahrungen. Dieses behauptete Ziel zeigt darum nur, dass die Initiatoren aus ihren vergangenen, vorhergesagten Niederlagen nichts gelernt haben. Hauptsache, man kann wieder Unterschriften initiieren. Das macht wichtig und ist Beweis für Wichtigkeit. Dabei dürfte klar sein, dass die Mehrheit der Gemeindevertretung wieder Steuergelder zur Verfügung stellte, um ganz andere politische Ziele zu sichern. Es geht eben wieder um eine Aktion, die sich nicht gegen die Ursache des Fluglärms, den Standort, richtet. Die als blöd eingestuftten Bürger sollen weiterhin davon abgehalten werden, endlich massiv den Standort zu bekämpfen, um sich grundsätzlich und auf alle Zeiten vom Fluglärm zu befreien.

Alle Aktivitäten der Vergangenheit, die von Bürgermeister Baier initiiert und von CDU, SPD, Grüne und Linke abgesegnet wurden, waren immer auf die Sicherung des falschen Standortes ausgerichtet. Die Verdummungsmasche funktioniert immer so: Verbal gegen den BER ausholen, weil wir ihn in der Praxis schützen wollen. Schließlich entspringt dieses Unikum, dieses verfassungswidrige, die Menschen

krank machende Ungeheuer BER in Schönefeld als politisches Kind dem Fleisch der Parteien.

So wird der Volksbetrug organisiert

Im Sinne dieses neuen Ablenkungsmanövers wird die kommende 3. Piste so dramatisch aufgeladen, dass eine schöne Beschäftigung für Unterschriftensammler begründet ist. Diese „Dramatik“ findet nur in den Köpfen von politisch manipulierten Vertretern von Bürgerinitiativen statt, die fachlich nicht in der Lage sind (oder nicht sein wollen), auch Möglichkeiten der Lärmentlastung durch eine 3. Piste zu erkennen. Lärmverteilung, wechselnde Pistennutzungen, Nachtflüge z.B. von nur einer Piste bedeuten eben insbesondere dort weniger Fluglärm, wo er ansonsten konzentriert und permanent die Siedlungen verlärmmt (z. B. Blankenfelde, Mahlow, Diedersdorf, Bohnsdorf bis Müggelheim, Schulzendorf und Waltersdorf).

Hierzu ein Beispiel: Aus Gründen der Lärmentlastung/-Verteilung verfügt der Flughafen Amsterdam über 6 Pisten, wovon zur Bewältigung des Aufkommens nur 2 benötigt werden. Durch die wechselseitige Nutzung von nur 2 Pisten gibt es für ganze Regionen temporär keinen Fluglärm. Um die „Dramatik“ im Selbstbetrug zu transportieren, werden solche Möglichkeiten wechselnder Nutzungsstrategien verschwiegen.

Was haben die Gemeindevertreter dagegen, dass durch wechselseitige temporäre Nutzung von jeweils einer oder zweier Pisten die Regionen der Gemeinde stunden- oder tageweise von Fluglärm entlastet werden, weil auf den nicht gewählten Pisten kein Flugverkehr stattfindet? Natürlich sind Potsdam oder der Berliner Süden gegen eine 3. Piste, weil sie dann von dem Fluglärm etwas abbekommen, den sie nie haben wollten, aber den BER in Schönefeld.

Wer also gegen die 3. Piste kämpft, will den Fluglärm mit letztlich bis zu 500 000 Überflügen = minütlich volle Kanne über Blankenfelde-Mahlow und keinerlei Fluglärmentlastung. Wer so etwas unterschreibt, muss irgendwie eine Macke haben. Nach allen Erfahrungen wird mit zunächst nur 2 Pisten am BER das Nachtflugverbot zwischen 0:00 und 5:00 Uhr zur Farce. Dies, weil auf 2 Pisten mit Nachtflugbeschränkungen schon bei über 400 000 Flugbewegungen die Tag- und Nachtrandzeit nicht ausreichen, um den Verkehr bewältigen zu können.

Zur Wahrheit

Fakt ist: Noch nie ist es mit Volksbegehren oder Volksinitiativen gelungen, Anträge von Flughafengesellschaften auf Kapazitätsausweitungen oder den Bau weiterer Pisten zu verhindern. Da lassen Frankfurt, München schmerzlich grüßen. Dazu ist doch bekannt, dass auch an anderen Standorten in der Republik zur Volksberuhigung abgegebenen Erklärungen - nach denen nun Schluss sei mit mehr Kapazitätsausweitungen, mehr Flugbewegungen, dem Ausbau von Terminals und dem Neubau von Pisten – zum kritischen Zeitpunkt immer „Schall und Rauch“ waren. Selbst dann, wenn diese Beteuerungen - als Gipfel des planmäßigen Betrugs - in Landesentwicklungsplänen und Gesetzen durch die Landtage festgeschrieben wurden.

Natürlich, auch das verschweigen die Initiatoren in der Sch(m)utzgemeinschaft und naiven Bürgerinitiativen, haben dann die Gerichte jede Klage gegen solche Gesetze und Landesentwicklungspläne abgewiesen. Grund: Wenn die Politik in 20 Jahren schlauer geworden ist, kann ihr nicht verboten werden, die neue Schlaueheit auch in neue Gesetze und Landesentwicklungspläne umzusetzen.

Fakt ist auch: An diesem Volksbegehren werden Rechtsanwälte und Gutachter ihre wahre Freude haben. Schließlich ist mit einem Budget von 250 000 EURO genug Honorar abzugreifen.

Fakt ist aber insbesondere, dass sich Woidke und sein politischen Vasallen freuen, weil die Bürgerinitiativen in ihrer Unterschriftensammelwut die Betroffenen weiter enttäuschen. Der weitere Frust, wegen der nächsten Niederlage, ist absehbar. Anstatt sich auf einen Kampf gegen den Standort zu konzentrieren, erfolgt wieder ein Ablenkungsmanöver von der Ursache. Können sich die BIs wirklich nicht vorstellen, was man mit dem Geld, nicht nur mit den 250 000 € aus Steuermitteln, sondern weiteren 100 000senden aus anderen gescheiterten Aktionen, an Widerstand hätte organisieren können (müssen), um eine Neuplanung des BER durchzusetzen?

Fakt ist: jede Unterschrift zur Durchsetzung dieses Volksbegehrens ist eine Unterschrift für Fluglärm und für den Standort Schönefeld.

Um den ganzen Unfug diese Volksbegehrens erfassen zu können, erlauben wir uns den Hinweis auf die Kommentare: „23. Mai 2014 KomfürBekloppte220514 Wenn Glaube und Naivität zu Realitätsverlust führen“ und „20. Mai 2014 - Kom3Pistenaiv200514 Gegen die 3. Startbahn - jetzt auch juristisch abgestürzt“ von Mai 2014.

Redaktion
Neue Aktion (NA)

NA

061114

BER ohne 3. Piste ist eine Lüge - gegen die Pest gibt es kein Kraut

Dann gibt es noch die Verbreitung einer „Halbwahrheit“, nach der keine 3. Piste gebaut werden soll. Wer, wie der Linke Görke oder Wowereit, solche Halbwahrheiten verbreitet, weiß in Wahrheit, dass er weiterhin lügt. Die 3. Piste kommt genauso sicher wie weitere Investitionen zur Sicherung von Passagier- und Abflugkapazitäten. Die einfache Wahrheit gegen die Lüge: Wer Wachstum der Kapazität will, will die 3. Piste! Bekannt ist zudem, dass politische Entscheidungen in Sachen Flughafenentwicklungen das Papier nicht wert sind, auf dem sie geschrieben werden. Sie sind rechtlich unbedeutend und höchstens bindend für die Legislaturperiode, für die die Entscheidung getroffen wurde.

Wahr ist auch, dass weder Volksinitiativen noch Volksbegehren einen begründeten Kapazitätsausbau stoppen können. Selbst, wenn sie von Parlamenten als bindend akzeptiert würden, gelten sie in ihrer Wirkung nur temporär. Im Klartext: Ändert sich die Ausgangslage, gibt es die Notwendigkeit, Passagierwachstum in Kapazität des BER umzusetzen. Dann wird ausgebaut. Wer darum auf Rechtsprechung oder politische Entscheidung mit Ewigkeitswert hofft, betrügt sich selbst - und schlimmer noch: die Betroffenen (**Siehe Kom3.PisteFdC041114 3. Piste am BER Hirngespinst. Lügengeschichte oder Realität etwas weiter unten**). Aber weil Selbstbetrug der Schönste sein soll, werden sich auch wichtige BI-Vertreter zum wiederholten Male solchem Betrug beugen.

BER ohne 3. Piste ist eine Lüge - gegen die Pest gibt es kein Kraut

Dann gibt es noch die Verbreitung einer „Halbwahrheit“, nach der keine 3. Piste gebaut werden soll. Wer, wie der Linke Görke oder Wowereit, solche Halbwahrheiten verbreitet, weiß in Wahrheit, dass er weiterhin lügt. Die 3. Piste kommt genauso sicher wie weitere Investitionen zur Sicherung von Passagier- und Abflugkapazitäten. Die einfache Wahrheit gegen die Lüge: Wer Wachstum der Kapazität will, will die 3. Piste! Bekannt ist zudem, dass politische Entscheidungen in Sachen Flughafenentwicklungen das Papier nicht wert sind, auf dem sie geschrieben werden. Sie sind rechtlich unbedeutend und höchstens bindend für die Legislaturperiode, für die die Entscheidung getroffen wurde.

Wahr ist auch, dass weder Volksinitiativen noch Volksbegehren einen begründeten Kapazitätsausbau stoppen können. Selbst, wenn sie von Parlamenten als bindend akzeptiert würden, gelten sie in ihrer Wirkung nur temporär. Im Klartext: Ändert sich die Ausgangslage, gibt es die Notwendigkeit, Passagierwachstum in Kapazität des BER umzusetzen. Dann wird ausgebaut. Wer darum auf Rechtsprechung oder politische Entscheidung mit Ewigkeitswert hofft, betrügt sich selbst - und schlimmer noch: die Betroffenen (**Siehe Kom3.PisteFdC041114 3. Piste am BER Hirngespinnst. Lügengeschichte oder Realität etwas weiter unten**). Aber weil Selbstbetrug der Schönste sein soll, werden sich auch wichtige BI-Vertreter zum wiederholten Male solchem Betrug beugen.

<http://www.maz-online.de/Brandenburg/Rot-rot-verspricht-Keine-dritte-Startbahn>

BER-Volksbegehren gescheitert Rot-rot verspricht: Keine dritte Startbahn

Das Volksbegehren gegen den Bau einer dritten Startbahn am Flughafen BER in Schönefeld hat nicht genügend Unterstützer gefunden. Die Initiatoren verfehlten die Mindeststimmzahl von 80.000 Unterschriften – und zwar deutlich. Rot-rot macht dennoch deutlich: Eine dritte Bahn soll es nicht geben. Die Aussage ist für die Initiatoren aber wertlos.

Blankenfelde-Mahlow Mehr Infos

Freitag, 19.02.2016 15:01 Uhr

Das Volksbegehren gegen die dritte BER-Startbahn kam nur auf rund 52.000 Unterstützer. Mahlow. Das Volksbegehren gegen den Bau einer dritten Startbahn am Flughafen BER in Schönefeld (Dahme-Spreewald) ist gescheitert. 51.971 Brandenburger haben in den vergangenen sechs Monaten für die Initiative gestimmt, teilte der Landeswahlleiter am Donnerstagabend mit. Damit wurde die Mindeststimmzahl von 80.000 deutlich verfehlt.

Die Unterstützer, die sich am Abend im Vereinshaus von Mahlow (Teltow-Fläming) versammelt hatten, reagierten enttäuscht. „Wir konnten die Dringlichkeit des Themas offenbar nicht vermitteln“, sagte Carsten Dannel vom Kampagnenteam der Initiative. „Schade, dass die Bevölkerung den Ernst der Lage nicht erkannt hat“, ergänzte der Bürgermeister von Blankenfelde-Mahlow, Ortwin Baier (parteilos). Allerdings hatten die Lärmgegner einen knappen Ausgang erwartet: Vor einer Woche hatten sie nach eigenen Angaben erst zwei Drittel der nötigen Stimmen gesammelt.

Infrastrukturministerin hält dritte Startbahn für überflüssig

Die Bürgerinitiativen fordern, dass der Verkehr am BER auf 360.000 Flugbewegungen pro Jahr beschränkt und das Verbot einer dritten Startbahn gesetzlich festgeschrieben wird. Notfalls müsste Brandenburg dafür die gemeinsame Landesplanung mit Berlin aufkündigen. Doch diesen Schritt hatte die rot-rote Landesregierung bisher strikt abgelehnt.

Aus Sicht von Infrastrukturministerin Kathrin Schneider war das Begehren ohnehin nicht nötig: „Sowohl der Landtag als auch die Koalition haben zu dem Bau einer dritten Start- und Landebahn eindeutig Stellung bezogen. Die Abgeordneten haben den Bau in einer Entschließung abgelehnt, die Landesregierung hat sich, wie im Koalitionsvertrag festgelegt, gegen eine dritte Start- und Landebahn entschieden. Dabei bleibt es.“

BER-Chef Mühlenfeld verneint Baupläne

Tatsächlich gibt es keine offiziellen Pläne für den Bau einer dritten Bahn. Flughafenchef Karsten Mühlenfeld hält sie für überflüssig. Er verweist auf den Flughafen London-Heathrow, wo mit zwei Bahnen 68 Millionen Passagiere abgewickelt werden könnten. Laut aktueller Verkehrsprognose werden am BER im Jahr 2035 rund 50 Millionen Passagiere erwartet. Allerdings gibt es in London – anders als am BER – einen 24-Stunden-Betrieb und es werden deutlich mehr Umsteigepassagiere abgewickelt als in Schönefeld.

Auch die Linksfraktion hat am Freitagmorgen erneut deutlich gemacht: „Wir bleiben dabei: Keine dritte Startbahn am BER.“ Es gelte weiterhin die Festlegung im Koalitionsvertrag von SPD und Linke, nach der ein solcher Bau strikt ausgeschlossen sei, erklärt das Mitglied im

Sonderausschuss BER Stefan Ludwig. Außerdem verweist auch er auf den Planfeststellungsbeschluss für den Flughafen. Umsonst seien die Anliegen der Bürgerinitiativen aber nicht gewesen: „Sie haben die beste Grundlage gegeben, den Lärmschutz bestmöglich umzusetzen und eine Schadstoffemission zu verhindern.“ Zuvor hatte sich bereits Verkehrsministerin Kathrin Schneider (SPD) genauso geäußert.

Initiatoren: Rot-rote Aussage „nichts wert“

Nach dem Scheitern warfen die Initiatoren des Volksbegehrens der rot-roten Koalition vor, dass deren Aussage zu der dritten Startbahn „nichts wert“ sei. Nach den nächsten Landtagswahlen oder der Eröffnung des BER könnte alles wieder ganz anders aussehen, sagte ein Sprecher der Initiative. Er kündigte zugleich an, das man weiter gegen den BER aktiv sein wolle. Zunächst werde sich die Initiative besprechen.

Der Verein „Mehr Demokratie“ forderte nun, dass Unterschriften für ein Volksbegehren künftig auch auf der Straße eingesammelt würden. „Damit wird sichergestellt, dass nicht nur extrem gut organisierte Initiativen eine Chance haben, ein Volksbegehren zum Erfolg zu führen“, sagte der Vorstandssprecher des Landesverbands, Oliver Wiedmann.

Bislang ist es in Brandenburg so geregelt, dass bei einem Volksbegehren Unterschriften nur in Ämtern oder per Brief geleistet werden können, wie das Büro des Landesabstimmungsleiters mitteilte.

Der Flughafen wächst und wächst

260.000 Starts und Landungen gab es im vergangenen Jahr an den Flughäfen Tegel und Schönefeld. Die Initiatoren des Volksbegehrens befürchten ein weiteres starkes Wachstum und wollen die Zahl der Flugbewegungen auf maximal 360.000 am künftigen Flughafen BER beschränken.

29,5 Millionen Passagiere flogen 2015 in Tegel und Schönefeld – ein Rekordjahr für die Flughafengesellschaft. Im Januar wuchs das Passagieraufkommen erneut um knapp 13 Prozent. Anwohner befürchten daher, dass die beiden Pisten bald für den Flughafen nicht ausreichen und eine dritte gebaut wird.

Von Torsten Gellner und MAZonline

<http://www.berliner-zeitung.de/hauptstadtflughafen/trotz-gescheiterten-volksbegehren-landesregierung-will-keine-dritte-ber-startbahn,11546166,33820634.html>

Hauptstadtflughafen - 19.02.2016

Trotz gescheiterten Volksbegehren

Landesregierung will keine dritte BER-Startbahn

Die rot-rote Koalition in Potsdam will keine dritte BER-Startbahn. Auf diese Aussage verlässt sich eine Initiative aber nicht und strebte ein Volksbegehren an - vergeblich.

Nach dem Scheitern des Volksbegehrens hat die rot-rote Koalition bekräftigt, dass es keine dritte Startbahn am neuen Hauptstadtflughafen geben wird. Es gelte die Festlegung im Koalitionsvertrag von SPD und Linke, wonach eine dritte Startbahn ausgeschlossen sei, teilte der Linken-Abgeordnete Stefan Ludwig am Freitag in Potsdam mit. Zuvor hatte sich bereits Verkehrsministerin Kathrin Schneider (SPD) genauso geäußert.

Am Donnerstag wurde bekannt, dass das Brandenburger Volksbegehren gegen eine dritte Startbahn scheiterte. Mindestens 80.000 Unterschriften waren nötig, es gab aber nur 51.971 gültige Stimmen. Ein halbes Jahr lang hatte eine Initiative um Unterschriften gekämpft. Sie wollte erreichen, dass ein Verbot zum Bau einer dritten Startbahn gesetzlich festgeschrieben wird.

Nach dem Scheitern warf sie der rot-roten Koalition vor, dass deren Aussage zu der dritten Startbahn „nichts wert“ sei. Nach den nächsten Landtagswahlen oder der Eröffnung des BER könnte alles wieder ganz anders aussehen, sagte ein Sprecher der Initiative. Er kündigte zugleich an, das man weiter gegen den BER aktiv sein wolle. Zunächst werde sich die Initiative besprechen.

Der Verein „Mehr Demokratie“ forderte, dass Unterschriften für ein Volksbegehren künftig auch auf der Straße eingesammelt würden. „Damit wird sichergestellt, dass nicht nur extrem gut organisierte Initiativen eine Chance haben, ein Volksbegehren zum Erfolg zu führen“, sagte der Vorstandssprecher des Landesverbands, Oliver Wiedmann. Bislang ist es in Brandenburg so

geregelt, dass bei einem Volksbegehren Unterschriften nur in Ämtern oder per Brief geleistet werden können, wie das Büro des Landesabstimmungsleiters mitteilte. (dpa)